Newsletter

von Ulli Nissen, MdB

Februar 2018

Zur aktuellen Lage

Am 20. Februar 2018 startete offiziell unser Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag. Bis zum 2. März 2018 sind die rund 460.000 Mitglieder der SPD nun aufgerufen, über eine Regierungsbeteiligung zu entscheiden.

In der Partei wird der Koalitionsvertrag bereits seit fast zwei Wochen intensiv diskutiert. Am letzten Wochenende fanden die ersten regionalen Dialogveranstaltungen statt und ich bin wirklich beeindruckt von der großen Beteiligung und der ernsthaften, sachlichen Debatte. Das gibt es in keiner anderen Partei und darauf können wir mit gutem Recht stolz sein.

Mein Eindruck nach den ersten Veranstaltungen ist, dass wir in der Debatte einen fairen Umgang miteinander gefunden haben. Letztendlich wollen beide Seiten dafür kämpfen, dass die SPD wieder eine starke Volkspartei wird, die sich für die Schwachen in dieser Gesellschaft einsetzt.

Ich kann viele Skeptikerinnen und Skeptiker einer Großen Koalition gut verstehen. Denn ihre Skepsis nährt sich aus dem Verantwortungsgefühl gegenüber unserer, ihrer Partei, vielleicht auch aus der Frustration in Folge nun schon seit langer Zeit sinkender Zustimmung bei Wahlen. Und dieses Gefühl kann ich verstehen.

Ich bin aber trotzdem überzeugt, dass die grundsätzliche Ablehnung einer Großen Koalition keine Lösung sein kann. Über die von vielen geforderte Minderheitsregierung entscheiden wir nicht. Und Neuwahlen halte ich in der derzeitigen Situation für sehr gefährlich. Außerdem bin ich fest davon überzeugt, dass wir mit diesem Koalitionsvertrag das Leben sehr vieler Menschen deutlich verbessern werden.

Das Leben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die weniger für Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen werden, dafür aber mehr Weiterbildung, mehr Zeitsouveränität und sichere Arbeitsverhältnisse bekommen werden. Das Leben von Familien, die von mehr Kindergeld, besseren und gebührenfreien Kitas und mehr Ganztagsschulen profitieren werden. Das Leben von Auszubildenden und Studierenden, die digital ausgestattete Berufsschulen, eine Mindestausbildungsvergütung und ein höheres BAföG bekommen. Das Leben von Rentnerinnen und Rentnern, die nach langjähriger Erwerbstätigkeit in Zukunft nicht mehr auf Grundsicherung angewiesen sein werden. Oder das Leben von Menschen, die in der Pflege arbeiten oder Pflege benötigen, für die die zusätzlichen Fachkraftstellen und die gezielte Finanzierung von Pflegepersonal in Krankenhäusern zu besseren Arbeitsbedingungen und besseren Pflegeleistungen führen werden. Ich werde deswegen auch in den nächsten Tagen weiterhin für eine Zustimmung zum Koalitionsvertrag werben.

Neues aus dem Deutschen Bundestag

Das Elterngeld Plus wirkt

Der von Bundesfamilienministerin Katarina Barley im Januar vorgelegte erste Bericht über die Wirkung des Elterngeld Plus wurde am 23. Februar im Bundestag debattiert.

Das Elterngeld Plus wurde 2015 als Weiterentwicklung des Elterngeldes eingeführt und sollte Eltern in ihrem Wunsch nach Familie und Beruf für beide Partner besser unterstützen. Mit dem Elterngeld Plus können Eltern, die in Teilzeit erwerbstätig sind, seither länger Elterngeld beziehen. Eltern, die sich für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Arbeitszeit entscheiden, erhalten außerdem einen Partnerschaftsbonus in Form von vier zusätzlichen Elterngeld Plus-Monaten, wenn sie in dieser Zeit beide gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten.
Der Bericht zeigt: Das Elterngeld

Plus kommt gut bei den Eltern an und wirkt. Im dritten Quartal 2017 haben sich 28 Prozent - in einigen Regionen sogar bis zu 38,5 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Mehr als drei Viertel der Beziehenden bewertet das Elterngeld Plus als "gute Sache".

Das Elterngeld Plus hat dazu geführt, dass Frauen wieder stärker in den Beruf einsteigen können und dass Väter sich mehr Zeit für ihre Kinder nehmen: 41 Prozent der Elterngeld Plus beziehenden Väter hätten ohne das Elterngeld Plus weniger Zeit für die Betreuung des eigenen Kindes aufgewendet. Der Partnerschaftsbonus ermutigt Eltern, die sich die Zeit für Familie und Beruf gleichmäßig aufteilen möchten, diesen Wunsch auch umzusetzen.

Streichung des § 219a StGB

Am 22. Februar wurde in erster Lesung die Gesetzentwürfe von Linken, Grünen und FDP zu einer Aufhebung beziehungsweise Änderung von § 219a des Strafgesetzbuches (StGB) beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember 2017 einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Streichung von § 219a StGB vorsieht. Wir bemühen uns weiter um eine fraktionsübergreifende Lösung und bringen unseren Gesetzentwurf deshalb diese Woche nicht ein.
Wir haben gesetzgeberischen Handlungsbedarf, weil die Verurteilung der Gießener Ärztin Kristina Hänel gezeigt hat, dass Rechtsunsicherheit besteht, inwieweit § 219a, der eigentlich nur Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, auch bloße sachliche Informationen durch Ärztinnen und Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche erfasst.
Klar ist, dass wir eine Konkretisierung brauchen. Wir müssen sicherstellen, dass Frauen sich objektiv über Schwangerschaftsabbrüche informieren können und Ärzte sich dadurch nicht strafbar machen. Denkbar wäre eine Kompromisslösung, nach der § 219a StGB nicht gestrichen wird, wir aber durch eine gesetzliche Klarstellung die Rechtsunsicherheit für Ärzte und Ärztinnen beseitigen und das Recht auf sachliche Information über Schwangerschaftsabbrüche für betroffene Frauen gewährleisten.
Wichtig ist zu wissen: Das generelle Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, insbesondere die reißerische Werbung für solche Eingriffe bleibt unabhängig von einer Streichung von § 219a StGB weiter durch das ärztliche Berufsrecht verboten.
Möglicherweise gehen wir am Ende den Weg über Gruppenanträge. Denn diese Frage ist für uns eine Gewissensfrage.

Neues aus dem Deutschen Bundestag

Kostenloser ÖPNV?

In den letzten Tagen sorgte der Vorschlag der Bundesregierung für Furore, kostenlosen ÖPNV in fünf Modellregionen einzuführen. Dazu hat am Donnerstag eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag stattgefunden. Ich durfte eine Rede zum Thema halten.

Ich finde, die Einführung von kostenlosem ÖPNV ist eine gute Idee –jedoch nicht in allen Regionen umsetzbar. Es ist insgesamt viel wichtiger, dass der ÖPNV gut ausfinanziert ist.

Der geplante Koalitionsvertrag sieht hierzu vor, die Mittel für das Gemeindefinanzierungsgesetz bis 2021 für Aus- und Neubaumaßnahmen in zwei Schritten von derzeit 333 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro im Jahr zu erhöhen. Wichtig ist, dass diese Mittel danach auch jährlich dynamisiert werden sollen.

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz stellt der Bund die Mittel zum Ausbau des Personennahverkehrs auf der Schiene vor Ort zur Verfügung.

Damit können die Angebote im Nahverkehr vergrößert werden, so dass die Pendlerinnen und Pendler nicht mehr in überfüllten Zügen stehen müssen.

Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft gesichert

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche Ausnahmeregeln vom Lärmschutz beschlossen. Die öffentliche Übertragung der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft kann auch in diesem Sommer wieder über die üblichen Ruhezeiten hinausgehen. Die Fans können die Spiele auch am späten Abend und zu Beginn der Nacht im Freien auf Großleinwänden verfolgen.

Das Bundeskabinett beschloss dazu eine vom Bundesumweltministerium vorgelegte Verordnung, die für die Zeit der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland Ausnahmen von den geltenden Lärmschutz-Regeln vorsieht.

Die Verordnung ermöglicht Public Viewing und gewährleistet gleichzeitig einen akzeptablen Mindestschutz für AnwohnerInnen. Über die Genehmigung im konkreten Fall müssen die Kommunen entscheiden.

Die Ausnahmeregelung ist nötig, weil die in der Regel geltenden Lärmschutzstandards bei Spielen, die am späten Abend und in den ersten Nachtstunden übertragen werden, an vielen Orten nicht eingehalten werden könnten. Die Verordnung erweitert nun den Spielraum für die zuständigen Behörden in den Kommunen, die Veranstaltungen zuzulassen. Dabei sollen sie im Einzelfall abwägen zwischen dem herausragenden öffentlichen Interesse an den Fußballspielen und dem Schutz der Nachtruhe. Es müssen neben dem Publikumsinteresse also beispielsweise auch die Abstände zu Wohnhäusern und schutzbedürftigen Einrichtungen, die Sensibilität des Umfelds, Maßnahmen zur Lärmminderung sowie Umfang, Anzahl und Aufeinanderfolge der zugelassenen Ausnahmen berücksichtigt werden.

Meine Woche in Berlin

Der Oscarpreisträger Javier Bardem war dienstags mit **Greenpeace** im Deutschen Bundestag. Sie fordern gemeinsam die Schaffung eines Meeresschutzgebietes in der Antarktis.

Mittwochs zeigte der **ADAC Baden-Württemberg**, dass der nachträgliche Einbau von Hardware bei Dieselfahrzeugen möglich ist. Er führt zu einer deutlichen Reduzierung der Stickoxid-Emissionen.

Am Donnerstagmorgen habe ich hessische THW-Angehörige getroffen.

Am Donnerstag hat die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung für die Abschaffung des § 219a demonstriert. (Artikel)

Abends habe ich zur Aktuellen Stunde: Positionierung der Bundesregierung zu kostenlosem ÖPNV eine **Rede** gehalten.

Wahkreisbüro
Ulli Nissen, MdB
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt
Tel.: 069 299888-610
Fax: 069 299888-612
E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Ulli Nissen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77147
Fax: 030 227-76148
E-Mail: ulli.nissen@bundestag.de

Internet: www.ulli-nissen.de

Neues aus Frankfurt

!!!Am 25. Februar Peter Feldmann wählen!!!

Peter Feldmann hat erreicht, dass Tickets für den öffentlichen Nahverkehr günstiger werden. Zukünftig wird er sich dafür einsetzen, dass dies auch für Ausflüge in Nachbarstädte gilt.

Ich habe das Atelier Goldstein der Lebenshilfe besucht. Es fördert außerordentlich begabte Künstler*innen mit Beeinträchtigungen.

Das Frankfurter Prinzenpaar habe ich nach dem Fastnachtsgottesdienst in der Liebfrauenkirche getroffen.

Nach der Winterpause ging es mit der Aktion Pulse of Europe weiter.

Beim Senatsordensfest des Großen Rates in den Mainarcaden hat mir das Frankfurter Prinzenpaar den diesjährigen Orden überreicht. Danke!

Neues aus Frankfurt

Das Programm auf Prunksitzung der Schwarzen Elf hat mir sehr gut gefallen.

Auf der Großen Kostümsitzung der „Krätscher“ habe ich viele begeisterte Karnevalist*innen getroffen.

Ich unterstütze aktiv Peter Feldmann und kämpfe hier beispielsweise mit Infoständen auf der Zeil, im Nordend und bei Hausbesuchen für seine Wiederwahl.

Auf der Berger Straße gewohnt bürgernah - es macht mir große Freude, gemeinsam mit Peter auf der "Gass" Wahlkampf zu machen!

Neues aus Frankfurt

Ich durfte dabei sein, als Peter Feldmann die Ehrenplakette der Stadt Frankfurt an Bruder Paulus Terwitte in der Pauslkirche übergeben hat.

Beim großen Fastnachtsumzug durfte ich mit den „Hemdeklunkis“ mitlaufen. Vielen Dank!

Die kreativen Wagenbauer des Frankfurter Karnevals haben auch dieses Jahr wieder großartige Arbeit geleistet.

Ich habe mich gefreut, dass ich die Bergen-Enkheimer Apfelweinkönigin Nicole I. getroffen habe.

Hier begleite ich Peter Feldmann auf seiner Wahlkampftour bei Gesprächen mit der Belegschaft des Frischezentrums in Kalbach.

Neues aus Frankfurt

Beim Neujahrsempfang der Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland unter dem Motto „Liebe für Alle, Hass für Keinen“ durfte ich ein Grußwort halten.

Ich bin optimistisch, dass Frankfurt von der „neuen Altstadt“ profitieren wird. Hier erzählt Peter Feldmann interessierten Bürger*innen von dem Projekt.

Auf der #OneBillionRising-Demo war gemeinsames Tanzen als weltweiter Protest gegen Gewalt an Frauen. angesagt DANKE an die Jusos Frankfurt, die tolle Postkarten gedruckt und eifrig mitgetanzt haben!

Im Kultursalon des Interkurelle Bühne Frankfurt e.V. finden diverse Kulturveranstaltungen wie Theater, Lesungen, oder Musikabende statt. Kunst und Kultur verbindet Menschen. Das berichtete mir auch der Leiter des Theaters, Yusuf Kilic.

Beim Infocenter Riederwaldtunnel habe ich mich über den Ablauf des Baues und die geplanten Lärmschutzmaßnahmen informiert. Schulen und Kindergärten müssen vor Lärm geschützt werden!